

Land
5. Tel.: 5346-5347
Verzinsung!

Nachrichten.

ankunft Weinbeizung
dem Blase des W. f.
Fußballsportverein
Ausflug, das der Al
sch entscheiden konnte.
ante Danau in Böh
er 39. Minute durch ein
it darauf schoß Erichle

ele im Weinbeiz.

atte am Niederwald die
In-Salz zu Gast und ge
3:0 (Halbzeit 1:0).
sch Ludwigschafen 03
em Spiel 4:2.
stelle bei der Union in

Spielvereinigung, waren

gewonnen 5:3.

rugby.

Frankfurter Turn- und

zu einem Propaganda

verpflichtet und konnte

en.

hockey.

Sportklub 1890 Frankf

Frankfurt und die 2

4:2.

ndball.

ein Handballspiel

trag, das die Reute vom

en.

Nachrichten.

unt in Baden.

von zuverlässiger Stelle

Erfüllung eines Rundfunk

burg den Hauptsender

halten soll.

Reichslandlers aus

des Reichslandlers in

grüßungsanspre

Rathaus um 6.30

Reichslandlers um 6.45

Rundfunksender und den

en Massenboten. Zwischen

der Mittleren Jar

zu bringen hatte, überfo

ca. 12.000 Reichsmar

Stich und Schläge auf

gefallen.

re. Wie die Hamburger

en Dickmann, Vater

uermord in der Vorort

Vorfall bei Bannburg

re Seifenpulver

iebigkeit und

nde Wäsche

is für jedes

hren geeignet

verteilhaft auch

verwässerte zu

wenden!

e Chlor

Agenten

ucht für erstklassige

Saloufen, Gardinen

agen auf eine anderweitige

Grüßner & Co. Neure

Leistungsfähige

Circa 150 Cent

Didw

2 neue Leiterwägel

gut erhaltene Batter

zu verkaufen. Al

Schmiedemeister,

merstraße 7.

Neuer

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämliches Organ



d. Stadt Hochheim

Ercheint: Dienstags, Donnerstags, Sonstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach Flörsheim Telefon 50. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonnelle ober deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gespaltene Colonnelle 30 Pf., Bezugspreis monatlich 1.— Rm. Postkonto 168 67 Frankfurt am Main.

ummer 23.

Donnerstag, den 4. März 1926.

3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Reichslandler Dr. Luther ist aus Hamburg wieder nach Berlin zurückgekehrt.
Die Reichslandler, soll der frühere Reichsinnenminister Schiele, während der Deutschen Nationalen Volkspartei werden.
Auf eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag erwidert Innenminister, daß das Verbot für Hitler sich nur auf das Auftreten in öffentlichen Versammlungen und Versammlungen beziehe. Ob Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei als geschlossen anzusehen seien, kommt von dem Verbot nicht betroffen würden, könne nur von dem Reich entschieden werden.
Die Königl. Akademie der Wissenschaften zu Stockholm hat den Reichslandler Dr. Luther zum ausländischen Mitglied und in der Klasse für Ökonomische, statistische und Sozialwissenschaftler ernannt.
Das Oberste Landesgericht in München hat die Beschwerde Staatsanwaltschaft Nürnberg über Nichteröffnung des Verfahrens gegen Dr. Luther als unbegründet zurückgewiesen. Oberstaatsanwalt Dr. Puppe hat daraufhin die Amtsgeschäfte heute wieder übernommen.
Die Beiträge von Locarno sind von der französischen Kammer mit 411 gegen 71 Stimmen angenommen worden.
In Bayern ist jetzt die erste Nummer der deutsch gedruckten „Venezianer“ erschienen, die von Faschisten geleitet wird.
Nachdem die „Meraner Zeitung“ am 28. Februar nach der als 50-jähriges Bestehen unter dem Namen der „Alpen-Anzeiger“ eingeleitet hat, ist zum ersten Mal die „Alpen-Anzeiger“, ein deutsch geschriebenes, aber italienisch orientiertes Blatt, erschienen. Damit ist die letzte täglich erscheinende deutsche Zeitung in Südtirol verschwunden.
Im amerikanischen Senat verlegen die Gegner und Anhänger des amerikanisch-italienischen Ausnahmestimmens über die gleiche Stelle. Die Regierung sucht einige Senatoren zu gewinnen, um die Ratifizierung zu sichern.
Die japanische Regierung hat ihre Delegation für Genf zur Institutionen aufnehmen lassen. Obwohl sie grundsätzlich jede Erweiterung des Völkerbundes ablehnt, wird sich die Regierung der Auffassung der Mehrheit anschließen, es sei nicht verstanden, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Voraussetzung für eine vollständige Neugestaltung des europäischen Gleichgewichts mit sich bringen wird.

Schritt für Schritt!

Aus Anlaß seines Besuchs in Hamburg hielt Reichslandler Dr. Luther bei einem ihm zu Ehren gegebenen Festessen in der Hamburger Senatshalle eine Rede, in der er zunächst in längeren Ausführungen die seit dem Dawos-Abkommen verfolgte Außenpolitik verteidigte. Schritt für Schritt sei man nach dem abendlichen unter Beilegung der Meinungsverträge, unter Erleichterung der Besatzungsverhältnisse und endlich unter Klärung der nördlichen Rheinlandzone vorwärts gekommen.
Es könne sich nicht darum handeln, plötzlich einen großen Sprung aufwärts zu tun, sondern die Wiederaufbauarbeit und des Vertrauens in die Kraft des deutschen Volkes. Deshalb sei Deutschland auch das Locarno-Abkommen abgeschlossen, in dem der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorsehe, damit im Zusammenhang mit der Frage der Erweiterung des Völkerbundes durch Aufnahme eines ständigen Mitglieds angeschlossen. In dieser Angelegenheit habe man in letzter Zeit eine lebhafteste Pressepolemik eingekehrt, da man beachtete, daß Deutschland nicht als ständige Mitglieder aufnehmen. Auf Grund der Verhandlungen von Locarno habe sich aber nichts ergeben, es seien nachträglich konstruierten Standpunkt rechtfertigte. Es sei auch nicht bekannt geworden, daß die jetzt zur Erörterung stehenden Veränderungen jemals in der Völkerbundsversammlung oder im Völkerbundsrat auf der Tagesordnung standen hätten. Derartige Absichten seien erst nach der Abwicklung des deutschen Völkerbundsantrages bekannt geworden. Die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß jede Veränderung der Zusammensetzung des Rates oder in der Organisation des Völkerbundes Deutschland in eine völlig unmögliche Lage bringen würde. Deutschland könne erst, nachdem es Mitglied des Rates geworden sei, in begründeter Weise zu etwaigen Änderungen auf eine anderweitige Zusammensetzung des Rates Stellung nehmen. Der Reichslandler erklärte weiter, daß es ihm unerschrocken sei, daß man es durch die Ablehnung des deutschen Standpunktes in der Frage der Ratifizierung dahin kommen lassen könnte, daß die großen Ergebnisse der Politik von Locarno noch im letzten Augenblick vernichtet würden.

Nachdem die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund einmal bejaht sei, handele es sich nun darum, die Wirkungslosigkeit des Völkerbundes zu erweitern und zu stärken. In seinen Schlussfolgerungen forderte der Reichslandler alle Deutschen auf, nicht beiseite zu stehen und im Völkerbund an Deutschlands Wohl und am Wohl der Menschheit mitzuarbeiten.

Gegen das Volksbegehren.

Endgültige Stellungnahme des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages erklärt einmütig eine Kundgebung, in der die Zentrumswähler aufgefordert werden, ihre Stimmen nicht in die Liste für das Volksbegehren einzutragen. In der Kundgebung heißt es u. a.:

Die vernünftige, sachliche Auseinandersetzung mit den Fürstenthümern eignet sich wegen der damit verbundenen verwickelten Fragen nicht für einen Volksentscheid. Unsere deutsche Reichsverfassung kennt eine entschädigungslose Enteignung von Privateigentum schlechthin nicht. Das im Volksbegehren geforderte Gesetz steht zu den Grundgesetzen der Reichsverfassung in unauflöslichem Widerspruch. Die Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenthümern muß vielmehr in einem geordneten Verfahren erfolgen und auf eine neue materielle Rechtsgrundlage gestellt werden.

Das bisher geltende formale Recht kann der eigenartigen Sachlage und der völlig veränderten staatsrechtlichen Stellung der Fürstenthümer nicht gerecht werden. Die allgemeine Volksvertretung muß gleichfalls entscheidend in Betracht gezogen werden. Zur Verwirklichung einer gerechten Lösung, wie sie auch dem sittlichen Volksempfinden entspricht, soll von Reichs wegen ein Sondergericht gebildet werden. In diesem Gerichtshof werden auch Laien in ausreichender Zahl mitwirken haben. Verleugungen von deutschem Vermögen in das Ausland durch Fürsten oder dessen Verwendung zu staatsfeindlichen Zwecken wird verhindert werden.

Die Presse zur Kanzlerrede.

Deutschland und der Völkerbund.

Soweit die Berliner Blätter zu der Rede Luthers in Hamburg Stellung nehmen, weisen sie auf ihre Bedeutung für die kommende Völkerbundtagung hin.

Die „Vorzeitung“ schreibt: Mit dieser Erklärung des Reichslandlers wird das deutsche Volk in seiner übergrößen Mehrheit einverstanden und zufrieden sein, denn sie wahrt unsere Würde und verhindert, daß wir gleich zu Anfang das Opfer diplomatischer Schiebungen unserer Gegner werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, damit habe sich der Reichslandler hinsichtlich der etwaigen Absichten der Gegner, bei den Vorbesprechungen am 7. März Deutschlands vorübergehendes Einverständnis mit dem Ratifizieren Polens und Spaniens zu erlangen, im absehbaren Sinne festgelegt.

Der „Botschafter“ hebt hervor, daß Luther deutlich genug gesagt habe, daß es noch eine Möglichkeit gebe, Deutschland vom Völkerbund fernzuhalten.

Die „Kreuzzeitung“ meint, Luther habe keine klare Stellungnahme zur Ratifizierung eingenommen. Außerdem biete die Rede keine Gewähr dafür, daß Luther und Stresemann die gesteckte Grenze in Genf nicht überschritten.

Ähnliche Befürchtungen äußert der „Volkswacht“. Er meint, die deutsche Delegation werde zu Konzessionen gezwungen sein, die für die Zukunft die deutschen Vertreter im Völkerbund jeder Einflußmöglichkeit berauben.

Der „Vorwärts“ sagt, die Rede gebe keinen Anlaß zu Befürchtungen, daß eine einmal als richtig erkannte Linie der Außenpolitik verlassen werden könnte.

Frankreich und Locarno.

Annahme der Beiträge in der Kammer.

Unmittelbar vor der Abstimmung über die Locarno-Verträge in der französischen Kammer ergriff Ministerpräsident Briand nochmals das Wort und erklärte:

„Wenn wir 1914 die Garantie Englands und Italiens und die Sicherheit des Westlandes der Tschechoslowakei und Polens gehabt hätten, glauben Sie, daß Deutschland den Krieg erklärt hätte?“ Briand lehnte sich, erhebt sich aber, da er auf neue Unterbrechungen wird, sofort wieder und ruft verärgert, man könne nicht zu gleicher Zeit eine Isolierungspolitik treiben und gleichzeitig Allianzen suchen. Frankreich habe in Locarno den Beweis erbracht, daß es einen neuen Krieg verhindern wolle. Was wollen Sie denn an die Stelle Locarno setzen? Allianzen? Mit wem denn? Ein von England und Italien unterzeichnetes Abkommen, das aus dem Rheinland eine internationalisierte Grenze mache, biete für Frankreich eine ernsthafte Garantie. Er bedauere, daß ein Elzévir erklärt habe, er ratifiziere Locarno nicht. Aber den Frieden haben wir, müßte ihn wollen. Er glaube, seinem Vaterlande dadurch einen Dienst erwiesen zu haben, daß er ihm die Wege zum Frieden geöffnet habe.

Darauf verliest der eifrige kommunistische Abgeordnete Huber eine Erklärung gegen die Abkommen von Locarno in deutscher Sprache, die in französischer Uebersetzung wiedergegeben wird, aber den Protest des Kammerpräsidenten Perriot auslöst, der erklärt, daß die für die Rückkehr Elzévir zureichenden Gründe nicht gegeben hätten, hätten desinteressiert gehandelt und nicht, wie Huber behauptet habe, im kapitalistischen Interesse. Darauf wurde die Abstimmung vorgenommen und die Ratifizierung der Abkommen von Locarno mit 413 gegen 71 Stimmen genehmigt.

Politische Tageschau.

Der Geschäftsplan des Reichstages. Der Vizepräsident des Reichstages lehnte einen kommunistischen Antrag wegen des Volksbegehrens die Vollstreckung des Reichstages auf 14 Tage auszuschieben, ab; dagegen sollen die vier Tage vom 13. bis 16. März tagungsfrei bleiben. Keine Einigung konnte erzielt werden über den Zeitpunkt, an dem der Haushalt des Innenministeriums auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden soll. Beschlossen wurde, nachher in der Kammer zu behandeln: die Haushalte des Reichswehrministeriums, des Finanzministeriums und des Innenministeriums. Ferner wurde beschlossen, daß ein Vertreter des Reichstages an der internationalen Wirtschaftskonferenz in London, die am 26. Mai beginnt, teilnehmen soll.

Glückwünsche des Reichslandlers an Runtius Pacelli. Reichslandler Dr. Luther hat dem päpstlichen Nuntius in Berlin, Pacelli, zu seinem 50. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm übersandt.

In den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Wie der „Reit Parisien“ mitteilt, hat die in der Kammer bestehende Gruppe zur Verteidigung der Interessen des Gemüsebaues dem Handelsminister ihren Dank ausgesprochen für die Art und Weise, in der die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen geführt wurden, jedoch zum Ausdruck gebracht, daß sie das Kontingent von 27 000 Doppelzentner Frühgemüse als ungenügend erachten.

Ramel wird Deutschland im Völkerbund begrüßen. Der Bundeskanzler Dr. Ramel wird als Vertreter der österreichischen Regierung auf der Sitzung des Völkerbundes, in der die feierliche Aufnahme Deutschlands erfolgt, das Wort ergreifen, um im Namen Österreichs Deutschland im Völkerbund willkommen zu heißen.

Der Gesandtschaftsbericht über die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika in Vorbereitung. Nach einer Meldung aus Washington ist man im Schahamt zur Zeit mit der Ausarbeitung eines Gesandtschaftsberichts beschäftigt, in dem der vom Schahamt aufgestellte Plan für die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika für das fremde Eigentum verwaltet werden soll und die Zahlung der von der gemischten Kommission für die Freigabe des Eigentums anerkannten Forderungen amerikanischer Bürger an die deutsche Regierung enthalten sein sollen.

Vor dem Abschluß der Luftfahrtverhandlungen. Wie aus Paris mitgeteilt wird, ist ein Abkommen in den Luftfahrtverhandlungen binnen kurzem zu erwarten. Das Abkommen wird der deutschen Industrie gestatten, alle Arten von Transportflugzeugen ohne Einschränkung in Bezug auf Motorstärke und Aktionsradius herzustellen, jedoch unter Beachtung gewisser Bestimmungen, die ihre Umwandlung in Bombenflugzeuge verhindern sollen. Die einzige Beschränkung, die Deutschland auferlegt werden soll, erstreckt sich auf Einflugschneppen aus Metall mit großen Tragflächen und großer Schnelligkeit, die man als Sportflugzeuge bezeichnet, die aber nur veraltete Jagdflugzeuge seien. Das Abkommen soll weitere Vereinbarungen zwischen deutschen und alliierten Gesellschaften bezüglich des Ueberfliegens Mitteleuropas mit sich bringen. Die aufgeführten technischen Einzelheiten der Beschränkung werden von untergeordneter Seite als völlig abwegig bezeichnet. Das Ueberfliegen Mitteleuropas ist ferner nur in der Kompensation gegen das Ueberfliegen anderer Länder unter Beteiligung des deutschen Luftverkehrs zu verstehen.

Gegen die Härten der Steuereinsparung. Im Reichstag ist eine Interpellation des Zentrums eingebracht, in der auf die unerträgliche Rückständigkeit der Finanzämter bei der Eintreibung der Steuern hingewiesen wird. Geplante Vermögensverluste würden bei Zwangsverkäufen zu Spottpreisen verschleudert. Die Stimmung der betroffenen Volksschichten werde täglich erregter und wachse sich zu einer staatspolitischen Gefahr von bedenklichem Umfange aus. Die Reichsregierung werde um Abhilfemaßnahmen gebeten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. März.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des

Haushalts des Reichswehrministeriums.

Abg. Graf von der Schulenburg (Dnt.) bedauert die Verminderung des Umfangs des neuen Heeresetats und die zahlreichen Abstriche, die gemacht worden sind. Der Redner begrüßt die sachgemäße Arbeit, die in der Reichswehr geleistet wird. Die Reichswehr sei im wahren Sinne des Wortes eine Schule geworden zur Bildung und Erziehung von Charakteren und Persönlichkeiten. Die Führung der Reichswehr liege beim Generalobersten von Seeckt in den besten Händen. Erstreulich sei, daß der Wehrminister den vaterländischen Verbänden nicht feindselig oder gefährlich gegenüberstehe. Er werde aber ihrem Werte nicht voll gerecht. Eine Angriffswaffe, so erklärte der Redner, sei die Reichswehr nicht. In einem Krieg gegen ein modernes Heer fehle uns vieles.

Die beste Sicherung Frankreichs gegen Deutschland sei die Verständigung.

aber sie müsse großzügig sein auf dem Boden völliger Gleichberechtigung. Solange das deutsche Volk unter dem Ausnahmest

der Entlohnung steht und solange die Faust unserer früheren Feinde uns im Rücken spürt, habe eine Verständigung keinen Wert. Der Redner verteidigt das alte Heer gegen Angriffe der Linken. Die Gesamtleistung des alten Heeres war hervorragend.

Abg. Rüchler (Soz.) gibt zu, daß der Rückzug des alten Heeres in geordneter Weise erfolgt sei, aber der oberste Kriegsherr sei desertiert. Der Redner fordert den Wehrminister auf, angesichts der großen Arbeitslosigkeit seine Wehrforderung zurückzuziehen. Es sei pure Verschwendung, wenn man Riesensummen für neue Kanonen fordere, obwohl die Lüge eines Kampfwertes überhaupt nicht mehr bestehe. Es müsse geprüft werden, ob die deutsche Reichswehr nicht auf der Basis der Republik stehen. Der Redner kritisiert die Teilnahme der Reichswehr an monarchistischen Veranstaltungen. Der Wehrminister sollte sich in der republikanischen Erziehung der Offiziere und Mannschaften die Führer der österreichischen Reichswehr zum Muster nehmen. Es widerspricht der Wahrheit, wenn das Wehrministerium die Schwarze Reichswehr als harmlose Arbeitskommandos hinstellen wolle. Trotz des Verbotes der Schwarzen Reichswehr seien noch im Februar 1926 junge Leute in diesen Formationen eingestellt und ausgebildet worden.

Abg. Erking (Ztr.) bedauert die scharfe Kritik der Sozialdemokraten. Für die Republik sei es eine peinliche Lage, wenn die Reichswehr von den Deutschnationalen gelobt und von der stärksten republikanischen Partei in kleinlicher Weise kritisiert werde. Die in Waffen stehenden Großmächte sollten endlich mit der Abrüstung dem Beispiele Deutschlands folgen; denn in allen Ländern habe

der Abrüstungsabstimmung

eine Höhe erreicht, wie nie zuvor. Mit der kleinen deutschen Reichswehr sei kein Krieg zu führen. Deutschland könne sich nur mit einer Politik der Verständigung durchsetzen. Wenn Deutschland im Völkerbund sei, müsse darauf gedrungen werden, daß die im Versailler Vertrag angekündigte Abrüstung der übrigen Mächte durchgeführt werde.

Abg. Brünninghaus (Dsp.) zieht einen Vergleich zwischen Reichswehr und amerikanischer Armee. Das amerikanische Heer zähle 135 000 Köpfe, sei also wenig größer als die Reichswehr mit 100 000 Mann und koste 1,3 Milliarden Mark, also das Dreifache der Reichswehr. Auf der ganzen Erde sei sehr wenig von Abrüstung zu spüren.

Preussischer Landtag.

Berlin, 3. März.

Der Preussische Landtag behandelte heute zu Beginn seiner Sitzung den sozialdemokratischen Antrag, den der Beamtenausschuß zur Annahme empfiehlt, wonach der auf den 1. März 1926 festgesetzte Anlauftermin für die Rückzahlung von zinsfreien Gehaltsvorschußen an Beamte, Angestellte und sonstige in Staatsbetrieben Beschäftigte auf Antrag weiter hinauszuschieben ist.

Der Berichterstatter Abg. Jannert (Soz.) hob hervor, daß alle Parteien sich im Ausschuß darüber einig waren, daß bei der großen wirtschaftlichen Not der Beamten eine sofortige Rückzahlung der Gehaltsvorschuße nicht in Frage käme. Das Haus stimmte dem Antragsantrag zu. Es folgte die zweite und dritte

Beratung des Personalabbaugesetzes.

Der Beamtenausschuß hat als Stichtag für den preussischen Personalabbau den 3. August 1926 festgesetzt. Der Personalabbau in Preußen ist jetzt tatsächlich beendet. Die weiblichen Beamten sollen nach den Beschlüssen des Ausschusses der Regierungsvorlage gegenüber günstiger gestellt werden.

Der Landtag unterbrach dann die Aussprache und nahm die Abstimmungen über die angeforderten Paragraphen der neuen

Städteordnung

vor. Die Bestimmung der Vorlage wurde angenommen, daß Wappen und Dienstsiegel der Städte sich von anderen Wappen und Dienstsiegeln unterscheiden müssen. Die Benennung der Straßen und Plätze soll durch Gemeindevorstand erfolgen. Abgelehnt wurden die Anträge der Rechten auf Streichung des Bürgerrechtsbegriffs und Bürgerrechtsdiensts. Ein sozialdemokratischer Antrag, der zum Gemeindevorstand lediglich den Bürgermeister und die Stadträte bestimmen will, wurde abgelehnt. Ablehnung fand auch der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des Befähigungsnachweises (eventuell auch juristischer Art für Bürgermeister). Angenommen wurde der Teil der Vorlage, der den Bürgerrechtsdienstscheid einführt und Ausführungsbestimmungen dazu enthält, sowie ein vollenständlicher Antrag, der für die Abstimmungen im Magistrat bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden als ausschlaggebend ansieht.

Die Diamantenkönigin.

Roman von Erich Griese.

68

(Nachdruck verboten.)

An der nächsten Straßenecke steht ein Schuhmann, den sie nach der Adresse irgend eines in der Nähe wohnenden Detektivs fragt.

Als sie das bezeichnete Bureau betritt, erhebt sich ein älterer, etwas gebückter Herr von seinem Drehstuhl am Schreibtisch und fragt nach ihrem Begehre, während ein anderer, auffallend zierlicher Herr, in Zylinderhut und weißer Weste, mit dem er in Unterhaltung begriffen schien, sich ein wenig distanziert zurückzieht. Gertrud erzählt kurz und klar, was sie hierherfuhr, und merkt dabei gar nicht, wie der kleine Herr in der weißen Weste noch gespannter lauscht als der Detektiv, an den ihre Worte gerichtet sind, wie die Blicke der beiden Herren sich oft begegnen und wie der kleine sich wiederholt Notizen in sein Taschenbuch macht.

Als sie geendet, nähert ihr sich ihr der Herr in der weißen Weste, den Röhlerhut in der Hand.

„Sie sprechen vom dem Diamantendiebstahl bei dem Juwelier Bruno Kade, nicht wahr?“

Mit vor Bewunderung weit geöffneten Augen blickt Gertrud den kleinen Herrn an; denn sie hatte den Namen Kade gar nicht erwähnt.

„Ja wohl. Aber woher wissen Sie das?“

„Weil ich in derselben Sache hier bin. Gestatten Sie, mein Fräulein, daß ich mich Ihnen vorstelle? Detektiv Engelhard.“

„Sie sind Detektiv Engelhard?“ ruft Gertrud auf höchste Erregung, die den Namen aus dem Munde ihres Verlobten wiederholt vernommen hat.

Der kleine lächelt verbindlich, während seine schwarzen Augen das junge Mädchen voll Interesse beobachtet.

„Wir arbeiten also jetzt zusammen, nach wem darf ich im Hotel fragen, wenn ich Sie in unserer Angelegenheit sprechen will, mein Fräulein?“

„Nach Gertrud Eberhard. Ich bin die Kassebegleiterin der Frau von Althoff-Harrison.“

Detektiv Engelhard freiließ eine weitere Bemerkung in feiner Notizbuch, bevor er es in seine Notiztasche gleiten läßt.

„Gut, Fräulein Eberhard. Gehen Sie jetzt in Ihr Hotel zurück und tun Sie, als sei nichts vorgefallen! Aber halten Sie sich bereit! Und vor allem: rufen Sie stets das Städchen Tuschstoff bei sich! Sie sind doch Ihrer Sache ganz sicher? Ein Irrtum wäre aberaus peinlich.“

„Ja, er ist in Erinnerung an seinen Mißgriff in der Sache Lola Wellint, hinzu.“

„Ganz sicher!“

„Der Ton des jungen Mädchens ist bestimmt und überzeugend; Detektiv Engelhard setzt seinen Röhlerhut auf und greift zum Stoch. Jeder Zug in seinem Gesicht drückt Energie und Tatkraft aus, man sieht ihm an, er ist bereit zum Handeln.“

Auch Gertrud steht auf, verläßt mit einer leichten Berührung den kleinen Herrn das Detektivbureau und begibt sich zurück ins Hotel Ezzestor.

Zwei Tage vor dem oben Erzählten hat sich folgendes zugefallen:

Montag nachmittag gegen sechs Uhr betritt ein Mann von einfachem Aussehen einen Juwelierladen in C. Pauli, dem sogenannten „Bergnigungs“-Stadtteil Hamburgs.

Er mag gegen vierzig Jahre zählen, Haar und Bart sind tief schwarz und etwas verwildert, die Gesichtsfarbe ist dunkel, zwischen die fast zusammenge-

wachsenen buschigen Brauen gräbt sich eine tiefe Falte,

Die drahtlose Bildübertragung.

Die Lösung des Problems gelungen.

Staatssekretär Dr. Bredow, der Leiter des gesamten deutschen Telegraphenwesens und der eifrige Förderer des Funkwesens in Deutschland, machte bei der Tagung der deutschen Rundfunkgesellschaften in Stuttgart gegenüber dem Vertreter des Stuttgarter „Neuen Tagblattes“ u. a. folgende bedeutsame Mitteilungen über die Bildübertragung.

„Die Lösung des Problems der Bildübertragung ist im Prinzip schon seit einiger Zeit gelungen. Und auch das Verfahren ist schon so einfach gestaltet, daß es bald in größerem Umfang wirtschaftlich ausgebaut werden kann. Die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, sind ganz enorm, und werden dadurch besonders vielfältig, daß ebenso gut wie Bilder auch

Briefe, Drucksachen und Stenogramme

auf diesem bildtelegraphischen Wege übertragen werden können. Ganz besonders ausdehnend ist das Verfahren mit Stenogrammen. Es läßt sich schon jetzt behaupten, daß die Stenogrammbildübertragung durch Bildtelegraphie an Schnelligkeit den bestorganisierten Schnelltelegraphendienst übertrifft wird. Der drahtlose Weg der Übertragung von Schriftstücken bietet eine enorme Geschwindigkeit.

hat allerdings den Nachteil, daß er wegen der Beschränkung der zur Verfügung stehenden Wellen nicht zu Übertragungen an Einzeladressaten geeignet ist.

Um die drahtlose Bildübertragung im großen zu organisieren, muß es noch gelingen, auch mit Wellenlängen unter 200 Meter auf große Entfernungen zu senden. Besonders ausdehnend ist die drahtlose Briefübertragung auf sehr große Entfernungen. Selbstverständlich ergeben sich auch

für den Pressedienst

herausragende Perspektiven. Die telefonische Nachrichtenübermittlung mit ihren vielen Störungsmöglichkeiten, die zeitraubende Gesprächsaufnahme und -übertragung könnte zu einem guten Teil wegfallen, sobald seitens der großen Nachrichtenbüros die Meldungen in Manuskriptform bildtelegraphisch übertragen würden. Man hofft, daß es bald gelingen wird, das Entwicklungsverfahren beim Bildtelegramm zu beschleunigen, oder überhaupt in Wegfall zu bringen, so daß auch diese Verzögerung aufgehoben wird.

Die Bildübertragung ist in nächste Nähe gerückt.

Die technischen Voraussetzungen sind schon soweit erfüllt, daß man sich ernsthafte Gedanken über die Organisation dieses neuen Bilderdienstes an leitender Stelle machen kann. Selbstverständlich wird auch hier die Reichspost, die das Monopol der Nachrichtenübermittlung hat, eingreifen. Sie selbst ist auf lebhafteste an der Entwicklung interessiert.

Die schwarze Winterfahne.

Seit jeder war die schwarze Winterfahne die Ränderin einer bösen Zeit und wir erfahren, daß sie im Winterzuge von Bernkastel mit Trauerfahnen umwunden im Zuge flatterte. Ihr Kaufmann hieß Sturm und Sturmwogel gleichen die laufend und aberlaufend Papierfahnen, die als hilfebringende Entschleunigung, gelang auf vielen Versammlungen der Winter und Landleute, in den zuständigen Kanzleien ihre Anstalten fanden.

Wir leben die schwarze Winterfahne erstmalig in der Pfalz. Im Zuge nach dem Hambacher Schloß am 27. Mai 1832 wurde sie von den notleidenden Wintern vorangetragen. Ein merkwürdiger Spruch stand auf dem schwarzen Stiel Tuch. „Die Weinbauern müssen trauern.“ Gewiss, ein einfacher Spruch, doch inhaltlich und auch heute steigt er auf und spricht eine warnende Sprache. Damals handelt es sich um den Wein 1831, wegen Sturm gelassen werden mußte. Noch ist diese merkwürdige Fahne erhalten, sie gehört dem Museum in Bad Dürkheim. Vor Jahren noch sah an ihr ein Bogen Papier, worauf das Winterkampfbuch geschrieben stand. Ein Vers ist sehr bedeutungsvoll: „Der Herr soll uns vor Eigennutz bewahren, — doch sind wir auch bereit.“ Diese schwarze Winterfahne wird an manchen Stellen der pfälzischen Literatur erwähnt. Alkal spricht von ihr in seinen Träumen und Schäumen vom Rhein und ein Augenzeuger des Hambacher Zuges erzählte: Im Zuge waren viele Fahnen, darunter sehr merkwürdige. Ich sah sogar eine mit dem bayeri-

schen Nationalfarben, eine war ganz schwarz und es hat ihr der Spruch: „Die Weinbauern müssen trauern.“ August Beder, der pfälzische Historiker, erwähnt in Werke „Die Pfalz und die Pfälzer“ die schwarze Winterfahne. Möge bald wieder die Zeit kommen, wo die Winterfahne in ihre Hülle kommt, denn ihr Kaufmann Sturm.

! Zu den Winterunruhen in Bernkastel am 25. d. Jrs. wird noch geschrieben: An gen. Termin vierte und letzte Winterunruhen stattfanden. Vor Beginn der Versammlung strömten Hunderte Wintern aus den umliegenden Dörfern in Bernkastel. Es hatten sich schließlich 1500 bis 2000 Wintern angelammelt, die unter Vorantragung einer Fahne und unter Mitführung zahlreicher auf die Winter Bezug nehmender Schilder vor das Rathaus zogen. Aus einem bisher noch nicht aufklärten Vorgang begann plötzlich ein allgemeines Steinbombardement die Fenster des Finanzamtes. Alle Fensterscheiben wurden eingeworfen, und ehe noch die drei herangezogenen Jäger etwas ausrichten konnten, stürmte die Menge das Finanzamt, mißhandelte die sich entgegenstellenden Beamten, warf alle in den Zimmern befindlichen Hände und Ästen auf die Straße, wo sie aufgesteckt in Brand gesteckt wurden. Der Zug begab sich dann der Finanzkasse, die gleichfalls gekürrt wurde. Wurden alle in der Kasse befindlichen Gegenstände runter auf der Geldschrank, auf die Straße geworfen, alles Brennbares angezündet. Dann ging es auf die Hofeinfahrt zu dem dort liegenden Zollamt, ähnliche Vorgänge abspielten. Später fand die angekündigte Versammlung statt, die unter großer Erregung doch ohne besondere Störung verlief.

Aus Nah und Fern.

Zur „Ausgemeindung von Biedrich, Schierstein, Sonnenberg aus dem Landkreis Wiesbaden, die bei der für den 1. April d. Jrs. vorgesehenen ist wird die Seite geschrieben: Der vom preussischen Staatsrat genehmigte Entwurf für die Eingemeindung von Biedrich, Schierstein und Sonnenberg steht als Termin für die Eingemeindung den 1. April 1926 vor. Einer besonderen ständigen Prüfung bedurfte die Frage, ob nach dem Scheitern von Biedrich, Schierstein und Sonnenberg Kreis Wiesbaden Land noch als leistungsfähiger Kreis anzusehen ist. Unter dem Gesichtspunkt der Größe und Einwohnerzahl kann der Landkreis Wiesbaden nach Ausscheiden von Biedrich, Schierstein und Sonnenberg noch als leistungsfähiger Kreis bezeichnet werden. Der Kreis Wiesbaden bedeutet das Auscheiden der Gemeinden zweifelslos eine wesentliche Einbuße den Landkreis Wiesbaden. Der Verfürgung der Eingemeindung der Biedrich, Schierstein und Sonnenberg, insbesonders dem Gebiet der sich aus der Zukunftsperspektive ergebenden Aufgaben gegenüber. Außerdem wird gemäß die gesamte Wirtschaftsführung des Kreises durch ungünstig beeinflusst, daß der Betrieb zunächst einer für die zu leistende Verwaltungsarbeit zu geringer Zahl von Beamten und Angestellten weiter geführt werden muß. Es haben Verhandlungen zwischen der und dem Landkreis Wiesbaden stattgefunden, in der Verfolg sich die Stadt Wiesbaden verpflichtet, an Landkreis Wiesbaden für die Dauer von fünf Jahren jährlichen Zuschuß von 100 000 Reichsmark zu Bezüglich des verbleibenden Restkreises Wiesbaden wird gesagt, daß der Kreis seine Zustimmung unter Voraussetzung gegeben habe, daß der Zuschuß nicht die Dauer von 5 Jahren, sondern solange gezahlt wird bis nach dem Ausscheiden der Stadt Höchst aus dem Kreis Höchst und einer etwa notwendig werden werden Lösung des Landkreises sich die endgültige Gestaltung beiden Landkreise Wiesbaden und Höchst übersehen der Landkreis hat an sein Einverständnis ferner die Lösung geknüpft, daß die Stadt Wiesbaden sechs des Landkreises zu übernehmen habe. Wegen der und weiterer Forderungen wird dann darauf verwiesen.

wie man sie bei Zeiten findet, die viel Entbehrungen erlitten haben.

Ein heller Anzug von grobem Stoff hängt um seine vierstrahligen Glieder, das graue Flammend mit dem umgeklappten Kragen wird durch nachlässig geknotete schottische Araratie zusammengehalten, aus der Tasche des kurzen Jacketts hängt ein Zylinder eines rotbaumvollen Sackfahrs, die Füße stecken in derben, hohen Schaffelfeilen, den knäueligen Kopf bedeckt ein abgegriffener breitrandiger Filzhut, der Erde unbestimmter Farbe.

Mit einem geringschätzigen Blick auf das vernünftige Aeußere des Fremden fragt der Verkäufer seinem Begehre, worauf der Fremde ihm bedeutet, er den Chef zu sprechen wünsche.

Käselnackend verschwindet der Kommiss in der Tor, von wo er gleich darauf mit einem älteren Herrn zurückkehrt.

„Sie wünschen?“

„Ich komme aus San Franzisko, wissen Sie, beginnt der Fremde mit breitem Yankee-Akzent. „Ich habe jahre lang in den Diamantenhandel gearbeitet, die Diamanten gesucht und, als ich einen ordentlichen Haufen beisammen hatte, dachte ich: machst dich jetzt nach Europa, wo du in Amsterdam deine Bleibe aufstellen kannst. Ein paar der Steine, die du mir unterwegs schon verkauft, wissen Sie, die andere ich in Amsterdam loszuschlagen, die schönsten und größten aber hab ich in New York schleifen lassen, um sie hier zu verkaufen. Aber — hm — ich will nur die Wahrheit sagen.“ — erschrocken belegen tragt sich hinterm Ohr — „mit meiner Bleiben — hm — da hat's seinen Daken; das Warten ist ihr zu lang geworden, wissen Sie, und da hat sie sich in New York einen andern genommen, an, und da will ich auch was ich habe, verstanden. Wollen Sie die Steine haben?“

(Fortsetzung folgt)

Das Urteil gegen Regierungsrat Bartels.
Berlin, 3. März. In dem Prozeß gegen Regierungsrat Bartels wurde der Angeklagte wegen fortgesetzten Betragens

Berlin, 3. März. In dem Prozeß gegen Regierungsdirektor Bartsch wurde der Angeklagte wegen fortgesetzten Betrugs

Johann Lauer „Zur Krone“

Bermischtes.

Brand. In einem Lagerraum eines Photographen in Borms entstand aus noch nicht aufgeklärter Ursache ein Brand, der größere Mengen von Waren und Materialien vernichtete. Das Feuer konnte durch die Feuerwehre erst nach aufwendiger Tätigkeit gelöscht werden. Der Schaden ist erheblich.

Luftsteuer und Leipziger Messe. In der Ueberzeugung, daß, wenn über die Aufhebung der Luftsteuer zu einem bestimmten Termin das Reichsfinanzministerium sofort eine authentische Preisnotiz veröffentlichen könnte, dies einen sehr starken Auftrieb für die Kaufabschlüsse auf der Leipziger Messe in einer großen Anzahl verschiedener Branchen herbeiführen und damit der deutschen Qualitätsarbeit und dem Export deutscher Erzeugnisse außerordentlichen Nutzen bringen würde, hat die Geschäftsstelle D. A. u. M. der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. D. A. u. M. entsprechende Schritte in Berlin unternommen.

Neue Mittel für die produktive Arbeitslosenfürsorge. Zur Linderung der im Baugewerbe bestehenden Arbeitslosigkeit beschloß der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M., die im Haushaltsplan für 1926 vorgesehenen städtischen Bauarbeiten schon jetzt in Angriff nehmen zu lassen und die hierfür vorgesehenen Mittel von rund 500.000 Mark freizugeben. Zweck Entlastung des Arbeitsmarktes soll dabei den Unternehmern aufgegeben werden, für die Arbeiten Erwerbslose einzustellen.

Wahl Dr. Luthers in die schwedische Akademie der Wissenschaften. Die Königlich schwedische Akademie der Wissenschaften in Stockholm hat den Reichstagskanzler Dr. Luther zum auswärtigen Mitglied ernannt und ihm von dieser Ehrung durch das folgende Schreiben Mitteilung gemacht:

Dierdurch beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Königlich schwedische Akademie der Wissenschaften zu Stockholm in ihrer Sitzung vom 27. Januar 1926 Sie zum auswärtigen Mitglied und zwar in ihrer Klasse für ökonomische, statistische und soziale Wissenschaften erwählt hat, was Sie durch das Ihnen gleichzeitig mit der Post zugefandene Diplom bestätigt finden werden.

Der Reichstagskanzler hat die Wahl angenommen und seinen Dank ausgedrückt.

Familiendrama in Erfurt. In Erfurt erschog ein arbeitsloser Chauffeur seine Ehefrau und verwundete deren Schwester. Der Täter flüchtete, beging jedoch, als er sah, daß ein Entkommen unmöglich war, Selbstmord.

Mutiges Familiendrama. In Jena-Biegenheim ermordete ein 26jähriger Bäckermeister aus Rudolstadt seine Ehefrau, seine beiden Kinder von zwei und vier Jahren und verlegte seinen siebenjährigen Jungen lebensgefährlich. Dann flüchtete er, offenbar, um auch in den Tod zu gehen. Das Motiv ist finanzielle Enttäuschung. Der schlechte Geschäftsgang der Bäckerei, die er erst vor einigen Tagen gekauft hatte, hatte ihn zur Verzweiflung getrieben.

Gefährdung der Gräfin Voithmer. Die Affäre der Gräfin Voithmer hat jetzt durch die Gräfin selbst eine sensationelle Wendung genommen. Die Gräfin hat ein Schreiben abgelegt, daß sie den verhängnisvollen Brief der Gräfin Voithmer selbst geschrieben habe. Der Prozeß wird erst in den nächsten Tagen vor dem Hauptkammergericht in Bamberg unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Voithmer und ersten Staatsanwaltes Verlach als Anklage erhoben.

Die Schlachtungen im Jahre 1925. Die Schlachtungen hat 1925 gegenüber dem Vorjahre um 10 Prozent, für Rinder um 8 Prozent, für Schweine um 17 Prozent, für Schafe um 20 Prozent. Verglichen mit der Vorkriegszeit bleibt bei der Schlachtungen an Rindern noch um 1,4 Prozent Schweinen um 26,7 Prozent zurück, während bei Schafen eine Zunahme von 13,3 bzw. 11,1 Prozent zu verzeichnen war. Das Schlachtgewicht hat abgesehen bei der Schlachtungen an Rindern noch um 1,4 Prozent (früher 22) und bei Schafen von 40—41 Kilo. Das Schlachtgewicht bei den Rindern ist jedoch immer noch niedriger als 1923 und zwar bei Ochsen 299 gegen 310, bei Kühen 281 gegen 310, bei Rindern 226 gegen 240, bei Lämmern 174 gegen 185.

Die Weinbaufläche Preußens. Von den im Reich mit Wein bebaute Flächen (81.791 Hektar) fallen nach einer amtlichen Statistik auf Preußen 33.662, Württemberg 3753, Baden 64, Ostpreußen 11 Hektar.

✠

Todes-Anzeige.

Am Dienstag Abend 8.15 Uhr entschlief sanft, nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante Frau

Kath. Kaus Wwe.

geb. Treber.

im vollendeten 76. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag Mittag 12 Uhr vom Sterbehause Mainzerstraße 17 aus statt.

Weiterer großer

Eier-Abschlag

Trink-Eier (Marke „Columbus“)	10	1.38
Sied-Eier I	10	1.18
Sied-Eier II	10	98
Fst. Süßrahm-Tafelbutter stets frisch	1/2 Pfd.	1.15

Blut-Orangen

3 Pfund nur Mk. 1.00

Latscha's Margarine

erwirbt sich durch ihre Güte und Preiswürdigkeit täglich neue Freunde

Senta-Gold (Vollwertiger Butterersatz)	Pfd.	94
Senta-hochfein (Delikatess-Margarine)	Pfd.	80
Tafel-Margarine	Pfd.	65

Verlangen Sie Gratisproben unserer Spezial Marke „Senta Gold“

J. Latscha

Der kluge Geschäftsmann inseriert!

PERFLOR

ist besser



als das Waschmittel, das Sie benötigen.

Perflor D. K. P. von Flammern ist etwas noch nie Dagewesenes. Es sind die einzigen selbsttätigen Seifenlösungen, die es gibt.

Perflor ist besser als pulverförmige selbsttätige Waschmittel, weil es ohne jede Schärfe für Wäsche und Hände, ohne Soda und Wasserglas ist.

Kochen die große Wäsche mit Perflor, es hat in einer Viertelstunde die Wäsche für Dich getan.

Perflor ist billig und bequem, denn es verkürzt das Waschverfahren: Einseifen, Einbüchsen, zweites Kochen und lästiges Reiben sind nicht mehr erforderlich.

Perflor ist besser als andere Seifenlösungen, weil es wäscht, bleicht und Flecken entfernt.

Wäsche die feinsten Gewebe, Wolle und Seide, bunte Stoffe kalt oder handwarm mit Perflor.

Perflor ist ein Wunder: Es erhält die Farben und nimmst doch jeden Fleck. Es wäscht schmutzige und ist doch mild wie die mildeste Seife. Perflor ist chlorfrei. Löse Perflor kalt oder lauwarm.

Preis: Paket 45 Pfg.

Straußwirtschaft!

Am Samstag, den 6. März 1926 eröffne ich in meinem Hause Massenheimerstr. 13 eine

Straußwirtschaft

Zum Ausschank gelangen nur 1a. Hochheimer Naturweine. Um recht zahlreichen Zuspruch bittet

Der Straußwirt: Ph. Lauer
Massenheimerstraße 13.

Für die Frühjahrssaat

offert ewigen und deutschen Kleesamen garantiert für feidesei und Keimfähigkeit, ferner Dickwurzsamen alle Sorten.

J. Bott, Mz.-Kostheim

Bestellungen nimmt entgegen: P. Jof. Lechner.

Zur Frühjahrssaat

empfehlen wir

prima Provencer Luzerne, garantiert feidesei, 98% Keimheit, 93% Keimfähigkeit, 110.— per Ctr. Wälder Kollie, garantiert feidesei, 98% Keimheit, 90—93% Keimfähigkeit, 110.— per Ctr. ab Lager Wiesbaden.

Außerdem empfehlen wir Saathafer in Originalsaat und anerkannter Abfaat, allerfeinste Ausflüware.

Landwirtschaftl. Centralgenossenschaft e. G. m. b. H. Wiesbaden.

Eine Grube, gut zu verkaufen.

Mäheres Gesch.

Zwei hochtrachtige Milchziegen zu verkaufen.

Mäheres Gesch.

Sämtliche Bücher

Einzelbände u. ganze Lieferungen zu Originalpreisen größeren Aufträgen die Buchhandlung

H. Dreisbach, Flörsbühl, Marktstraße 6, Tel.

Nähtung! Zum Frühjahrsmarkt.

Der wertigen Einwohnerschaft Hochheimer Umgebung zur gest. Kennntionahme, dieses Jahr wieder eine

Strauß- und Speisewirtschaft

während der Markttag in meinem Hause eröffne, wozu ich alle Freunde u. herzlich willkommen heiße. — Zum Ausschank kommen nur selbstgezogene Naturweine.

Der Straußwirt:
Peter Schumacher
Mainzerstraße

Zur Aufführung

Was andere Städte bieten können, das ist jetzt in Mainz der Fall in der Mezzerei Hirsch.

Früh geschlachtetes holländisches Kalbfleisch, Brat- und Koteletts mit Beilage 0.70 Mk., Kalbsfleisch geschnitten 0.64 Mk., Kalbsfleisch, Nierenbraten, Beilage 1.— Mk. noch billiger wie in Friedenszeiten.

ner erste Qualität Gefrier-Masthühnchenfleisch, 0.86 Mk., Frisches Hühnchenfleisch 0.64 Mk., Frisches Kalbfleisch 0.60 Mk., Frisches Kalbfleisch 0.60 Mk., Frisches Schweinefleisch 1.20 Mk., Erste Qualität Ochsen-Rossfleisch ohne Beilage 1.20, 1.30 Mk., Wurstausschnitt 1.20, Kalbsleber, Lunge, äußere

Mezzerei Hirsch, Markt

Begelegasse 17. Telefon 4454. Begelegasse

Bekanntmachung

Auf Anordnung des Finanzamts in Wiesbaden am Samstag 5. März 1926 mittags 12 Uhr zu Hochheimer Rathaus gepfändete Möbel und zwar ein Bücherschrank und ein Vertikow im Wege der Zwangsversteigerung öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Wiesbaden, den 2. März 1926.
Sabel, Vollziehungsbeamter